

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sondersitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Mittwoch, 28. Januar 2015**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer (bis 19.15 Uhr), Di Prima, Escher, Glattacker, Gula, Herzog, Höfler, Jaenisch (bis 19.15 Uhr), Kiefer, Krämer, Krauel, Kurfeß, Lindemer, Martin, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach, Salinas de Huber, Simon, Dr. Vogelpohl, Wernthaler
Entschuldigt:	Heuer, Lusche, Schlecht, Vogel, Wiesiollek
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Geschäftsführerin Stöcker Leiterin Büro d. Vorstands Williams Fachbereichsleiter Bühler Komm. Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Krieger Fachbereichsleiter Schwenzer Fachbereichsleiter Welz Stellv. Fachbereichsleiterin Eyhorn Stellv. Fachbereichsleiter Adams Stellv. Fachbereichsleiter Hain
Urkundspersonen:	Stadträtin Höfler und Stadtrat Pichlhöfer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	18.30 Uhr
Ende:	19.30 Uhr

## TOP 1

### Flüchtlingsunterbringung

#### - Information über den Verfahrensstand und die Standortsuche

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, Landrätin Dammann und den Leiter der katholischen Seelsorgeeinheit Lörrach, Pfarrer Dr. Becker, die weiteren Vertreter der Lörracher Kirchen sowie die anwesenden Vertreter der Presse. Rückblickend gibt er an, dass der Versuch, eine Unterkunft in Brombach zu errichten, gescheitert sei. Mit dem Standort Gretherstraße habe man nun Platz für bis zu 100 Personen, in einer weiteren, noch zu errichtenden Unterkunft wolle man zusätzlich 200 Personen unterbringen können. Die Flüchtlinge würden, wenn sie in der Bundesrepublik ankämen, zunächst den Bundesländern und dann wiederum den Landkreisen zugewiesen werden. Die Stadt Lörrach hätte einerseits die Möglichkeit, im Rahmen der Anschlussunterbringung 40 – 50 Personen jährlich mit individuellem Wohnraum zu versorgen, andererseits, und dies sei in Anbetracht der Lörracher Wohnraumsituation die bessere Lösung, die Möglichkeit, eine Gemeinschaftsunterkunft für die Erstunterbringung von Flüchtlingen zu errichten.

Landrätin Dammann gibt an, dass sie sich freue, in der Sondersitzung des Gemeinderates der Stadt Lörrach anwesend sein zu können. Das Thema Flüchtlinge sei ihr ein wichtiges Anliegen. Zugleich sei man verpflichtet, einen gesetzlichen Auftrag wahrzunehmen. Die Gesamtsituation habe sich in den letzten zwei Jahren grundlegend verändert. Im Jahr 2014 seien rund 202.000 Asylanträge in Deutschland gestellt worden, dies seien 59,7 Prozent mehr gewesen als im Jahr 2013. Im Januar 2015 seien bereits mehr Asylanträge gestellt worden als im gesamten Jahr 2010. Weltweit seien so viele Menschen auf der Flucht wie zuletzt nach Beendigung des zweiten Weltkriegs. Bund und Länder haben bereits reagiert und stellen zusätzliche Gelder für die Unterbringung von Flüchtlingen bereit. Neue Gesetzgebung erleichtere die Aufnahme von Flüchtlingen. Das Land Baden-Württemberg habe zusätzliche Erstaufnahmestellen eingerichtet. Der Landkreis Lörrach habe im Jahr 2014 rund 650 Menschen untergebracht, doppelt so viele wie noch im Jahr 2013. Momentan kämen monatlich rund 3.000 Flüchtlinge nach Baden-Württemberg, von denen der Landkreis Lörrach rund 80 – 90 Personen aufnehme. In der Gretherstraße seien nun rund 30 Personen untergebracht, der Standort biete Platz für bis zu 100 Personen. Für weitere 200 Personen benötige man einen zusätzlichen Standort. Die Zahl von 100 aufzunehmenden Personen könne man in der Gretherstraße nicht überschreiten, da für mehr Personen nicht genügend Freiflächen vorhanden seien. Ein gutes Beispiel sei die Unterkunft in Rheinfeldern, die personell sowie formal gut aufgestellt sei. Von großer Wichtigkeit sei das ehrenamtliche Engagement, welches viele Freiwillige leisten würden. Man könne so, an die Bedürfnisse der Flüchtlinge angepasst, Hilfe leisten.

Bürgermeister Dr. Wilke stellt im Folgenden das weitere Verfahren bei der Suche nach einem Standort für eine Gemeinschaftsunterkunft dar. Die Suche nach einem geeigneten Standort dauere nun schon rund 1,5 Jahre an. Als man angefangen habe einen Standort zu suchen, sei die Zahl der ankommenden Flüchtlinge im Landkreis noch bei 30 – 40 gelegen, mittlerweile liege sie bei 80-90 Personen. Mit dem Standort Gretherstraße habe man schon eine gute Basis schaffen können. Im Folgenden erklärt Bürgermeister Dr.

Wilke anhand von Folien das Verfahren bei der Suche nach einem geeigneten zweiten Standort (Anlage 1). Im Ergebnis präferiere die Stadt Lörrach ein Grundstück im Ortsteil Haagen für den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft für 200 Flüchtlinge, welches sich im Eigentum der Kirche befinde.

Landrätin Dammann gibt an, dass auch der Landkreis dieses Grundstück für sinnvoll halte. Es biete Platz für die Unterbringung von 200 Personen und zusätzliche Freiflächen, die sehr wichtig und notwendig seien. Zudem seien im Umfeld des Grundstücks wichtige infrastrukturelle Grundvoraussetzungen gegeben. So seien ein Kindergarten, Schulen und wichtige Anbindungen an den öffentlichen Personennahverkehr in der Nähe des Grundstücks vorhanden. Wichtig sei auch, dass man in der Umgebung des Grundstücks Nachbarschaftskonflikte vermeiden könne. Das Grundstück sei zudem verfügbar und auch langfristig nutzbar. Sie erläutert sodann anhand von Folien die für den Landkreis Lörrach wichtigen Kriterien bei der Suche nach einem Standort für die Gemeinschaftsunterkunft (Anlage 2). Nach der Präsentation bedankt sie sich bei der Stadt Lörrach für die gute Zusammenarbeit.

Der Vorsitzende bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis. Mit der Kirche als Grundstückseigentümer habe man einen starken Partner gefunden.

Pfarrer Dr. Becker erklärt, dass es für die Kirche sehr bedeutsam sei, helfen zu können. Er sehe hier eine große Chance für die Kirche. Er wolle mithelfen. Die Kirche sehe keine kulturellen oder religiösen Grenzen. Die Kirche wolle authentisch sein. Der Kirche gehe es nicht nur um die Möglichkeit, ein Grundstück zur Verfügung zu stellen. Es gehe ihr auch darum, bei dieser humanitären Aufgabe mitzuarbeiten. Er wolle indes nicht blauäugig sein, aber er ist überzeugt vom richtigen Handeln. Es sei eine mitmenschliche Schuldigkeit und Selbstverständlichkeit, dass die Kirche sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen mit einbringen wolle.

Der Vorsitzende tut kund, dass man am runden Tisch die Kräfte aller beteiligten Akteure bündeln wolle. Hierbei werden die Stadt, der Landkreis, kirchliche Institutionen und ehrenamtliche Gruppierungen zusammenkommen und gemeinsam an einem Strang ziehen. Die ankommenden Menschen müsse man als Chance sehen. Grundstückseigentümer sei die Kirche, Betreiber der Einrichtung der Landkreis und bauplanungsrechtlich sei der Gemeinderat der Stadt Lörrach zunächst angehalten, einen Änderungsbeschluss zum Bebauungsplan zu fassen. Die bauplanungsrechtlichen Aspekte wolle man bereits im März 2015 in den Gremien des Gemeinderats aufgreifen.

Bürgermeister Dr. Wilke fasst zusammen, dass zwischen der Bauleitplanung und der Objektplanung Abhängigkeiten bestehen würden. Man wolle zeitnah einen Aufstellungsbeschluss fassen. Die Öffentlichkeit werde in der weiteren Planung stetig beteiligt. Bis Herbst 2015 solle dann die Bauleitplanung abgeschlossen werden. Man müsse auf Fristen achten und dürfe in der weiteren Zusammenarbeit mit dem Landkreis keine Zeit verlieren.

Landrätin Dammann gibt an, dass das Grundstück in Haagen ein Wunschgrundstück sei. Sobald der Gemeinderat den Änderungsbeschluss getroffen habe, wolle man handeln. Eine Container-Lösung komme nicht in Frage, man wolle feste Gebäudestrukturen errichten. Geplant sei die Ausschreibung eines Wettbewerbs. Unter Beteiligung der Öffentlichkeit wolle man das bestmögliche Ergebnis erreichen. Man lege viel Wert auf die Einbindung der vielen, unterschiedlichen Akteure, so unter anderem auch die Ortschaftsräte. Man wolle gute Bedingungen schaffen. Der Zeitplan sei sehr ambitioniert. Noch Ende 2015 wolle man in die Umsetzung gehen.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass der Landkreis an einer guten Lösung für Lörrach Interesse habe. Zukünftig kämen die Gebäude auch für andere Wohnnutzungen, beispielsweise im Rahmen der Unterbringung von Obdachlosen, in Frage. Bis Ende 2016 beziehungsweise zu Beginn des Jahres 2017 solle die Unterkunft fertiggestellt sein. Die Thematik werde in der kommenden Sitzung des Gemeinderats sowie in einer öffentlichen Veranstaltung des Landkreises weiter vertieft. Weitere Information erfolge auch in den Sitzungen der Ortschaftsräte. Bei weiterem Informationsbedarf werde man situativ reagieren.

Stadträtin Höfler gibt an, dass man sich im Nachgang der Sondersitzung nochmals innerhalb der Fraktion zu dem Grundstück in Haagen beraten wolle. Grundsätzlich scheine der Standort gut zu sein, allerdings würden in Haagen Einkaufsmöglichkeiten fehlen. Mit der katholischen Kirche habe man einen sehr guten und verlässlichen Partner gefunden. Sie hoffe, dass die Gebäude langfristig auch einer anderen Nutzung zugeführt werden können.

Stadtrat Pichlhöfer führt aus, dass er den Standort in Haagen sehr begrüße. Dieser sei gut durchdacht und es sei niemand mit der Standortwahl überfallen worden. Er wolle wissen, ob man sich bereits darüber Gedanken gemacht habe, ob der Kindergarten und die Schule in Haagen genügend Kapazitäten für die ankommenden Menschen vorhalten könne.

Stadtrat Simon erklärt, dass die Standortwahl sehr glücklich verlaufen sei. Die Information der Gemeinde- und Ortschaftsräte durch die Verwaltung sei gut gelaufen. In seiner Funktion als Ortsvorsteher wolle er zeitnah das Gespräch mit Landrätin Dammann und Pfarrer Dr. Becker suchen.

Stadträtin Gula sagt, dass sie in der Nachbarschaft gute Stimmung für die Asylbewerberunterkunft machen wolle.

Stadtrat Claassen wolle wissen, ob der Landkreis plane, ein oder zwei beziehungsweise mehrere Gebäude zu errichten. Auch ihn interessiere, ob die Gebäude nach der Nutzung im Rahmen der Flüchtlingsunterbringung einer anderen Wohnnutzung zugeführt werden können, da der Landkreis mit der Kirche einen Erbpachtvertrag über das Grundstück schließe.

Landrätin Dammann führt aus, dass man hinsichtlich der Objektplanung noch keine Details kenne. Man wisse noch nicht, wie viele Gebäude letztlich entstehen. Eine anschließende, anderweitige Wohnnutzung sei sicherlich möglich. Man könne dann entsprechend den Bedürfnissen Nutzungsänderungen vornehmen. Hinsichtlich der bestehenden und zu benötigten Kapazitäten im Bereich Kinderbetreuung und Schule könne man noch keine Prognosen machen. Wichtig sei, dass in ausreichender Zahl Plätze für Deutschkurse angeboten werden können. Insgesamt gebe es noch viel auszuloten. Man werde sich dabei mit den vielen Ehrenamtlichen und der Kirche abstimmen. Gesprächsbereitschaft sei definitiv bei allen Beteiligten gegeben.

Der Vorsitzende erklärt, dass man in den Schulen Integrationsklassen schaffen wolle. Der kirchliche Kindergarten Arche Noah, in unmittelbarer Nähe zur Flüchtlingsunterkunft, biete sich für die Aufnahme von Kindern an. Man befinde sich noch am Anfang eines langen Prozesses und es gebe noch viele offene Punkte auszuloten.

Stadtrat Perinelli erklärt, dass er den Standortvorschlag für gut durchdacht halte. Bürgerbeteiligung hält er für sinnvoll. Er hoffe, dass die Nachbarschaft mit der Entscheidung für diesen Standort einverstanden sein werde.

Stadträtin Gula wirft ein, dass es in Haagen zwei Kindergärten gebe.

Der Vorsitzende hebt hervor, dass grundsätzlich nichts gegen den Standort in Haagen spreche. Sicherlich gebe es hinsichtlich der Einkaufssituation Defizite, dies sei aber an anderen Standorten, beispielsweise in Wieden, ähnlich und könne relativiert werden.

Ortschaftsrat Bühler (Haagen) ergreift das Wort und gibt an, dass das Gelände in Haagen ursprünglich als Fläche für Sportgelände genutzt werden sollte. Man wisse auch nicht, ob die Flüchtlingsströme irgendwann abreißen oder künftig noch stärker werden. Er wolle wissen, wie es perspektivisch weitergehe und ob man künftig mit einer Erhöhung der Zahl der aufzunehmenden Flüchtlinge in Lörrach rechnen müsse.

Stadtrat Böhringer vertritt die Meinung, dass die Schulen in Haagen als auch in Hauingen klein seien und nicht genügend Platz bieten würden.

Landrätin Dammann verweist nochmals auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen und gibt an, dass der Zustrom in naher Zukunft bestimmt nicht abnehme. Sie sehe einen großen Raumbedarf in der kommenden Zeit. Die Verweildauer der Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft betrage 18 – 24 Monate. Manche würden die Unterkunft auch früher verlassen. Hinsichtlich der Rückführung in sichere Drittstaaten habe der Landkreis ein gutes Rückführmanagement etabliert. Manchmal reiche ein Nähkurs für Frauen aus, damit diese sich in ihrer Heimat eine wirtschaftliche Existenz schaffen können.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Bebauungsplan vorschreibe, welche Baufläche für die Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung gestellt werde.

Bürgermeister Dr. Wilke sagt, dass in Haagen früher Ausbaufächen für den Vereinssport vorgesehen gewesen seien. Diese Entwicklung sei dann aber aufgrund anderer Entwicklungsmöglichkeiten eingestellt worden. Der ausgewählte Standort für die Gemeinschaftsunterkunft sei nicht als Sportfläche, sondern für kirchliche Zwecke vorgesehen gewesen. Konkret sei früher ein Wohnheim des St. Josefshauses Herten geplant gewesen.

Der Vorsitzende erinnert nochmals an die Aussprache zur Thematik in der kommenden öffentlichen Sitzung des Gemeinderats und an die öffentliche Informationsveranstaltung des Landkreises, bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt die Sondersitzung.

### **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:  
gez. Lutz

Urkundspersonen:  
gez. Höfler / Pichlhöfer

Schriftführung:  
gez. Ockenfuß